

## Displaced Persons (DPs): Zwangsarbeiter in Bottrop

[Rudolf Isfort]

Erstabdruck in: Vestischer Kalender 91(2020); S. 213-217.

### 1. „Was Deutschland tut ... ist hoffnungslos unvergessbar“.

Kurz bevor die Amerikaner am 30.3.1945 in Bottrop einmarschierten, hatten sich die Spitzen der Bottroper Stadtverwaltung ins Münster-, Sauer- oder Rheinland abgesetzt. Dort wurden völlig unbehelligt aus den alten Nazis die neuen Demokraten der bald entstehenden Bundesrepublik. Mit ihnen verschwand Andreas K., der zu Recht fürchtete, dass einige der nun befreiten Zwangsarbeiter, Displaced Persons in der Sprache der Militärregierung, ihn fangen und lynchen würden. Seine Nachbarn und Arbeitskollegen wussten, dass Andreas, „deutschstämmiges Gefolgschaftsmitglied“, seine ihm unterstellten Zwangsarbeiter auf den Gleisen der Hafentbahn<sup>1</sup> oft mit dem Stiel einer Spitzhacke zur Arbeit anhielt.<sup>2</sup>

„Seit dem 22. Juni tobt ein Kampf von einer wahrhaft weltentscheidenden Bedeutung, ... von mir [Hitler] nicht gewollt, [sondern] ... eine Verschwörung von Demokraten, Juden und Freimaurern. Der Gegner [Russland] aber ist bereits gebrochen und wird sich nie mehr erheben!“ (4.10.41).<sup>3</sup> Bis Ende 1942 nahm die deutsche Wehrmacht etwa 5,7 Millionen russische Soldaten gefangen.

Mindestens die Hälfte von ihnen verhungerte oder wurde sogleich erschossen oder in

**Bereits über 500000 Gefangene** Bottroper Volkszeitung (BVZ) vom 15.10.1941.  
**Gesamtzahl der bolschewistischen Gefangenen auf welt über 3 Millionen angestiegen**  
Weltkriegszahlen weit überholt Feindkräfte bei Wjasma nunmehr endgültig vernichtet Großtrupp nimmt Zerschlagung am 6. März 1941.

Vernichtungslagern ermordet; „die Sowjetregierung hat wiederholt formelle Klage [darüber] geführt“.<sup>4</sup> Wer Glück hatte, durfte im Deutschen Reich arbeiten. In Bottrop besetzten nicht nur russische Soldaten die von den deutschen Soldaten freigemachten Arbeitsplätze, sondern auch „Zwangsverpflichtete“ aus nahezu allen besetzten Gebieten.<sup>5</sup> Schon „im Juni 1941“ hat die „Reichsvereinigung Kohle bei Göring und dem Oberkommando der Wehrmacht massives Interesse am Einsatz sowjetischer Arbeitskräfte angemeldet“.<sup>6</sup> So kam es zum „größten Fall der massenhaften, zwangsweisen Verwendung von ausländischen Arbeitskräften in der Geschichte seit

<sup>1</sup> Hafentbahn war die Kurzform für „Preußische Zechen- und Hafentverwaltung“ (1914), die Kohlen der Zechen Möller (Gladbeck) und Rheinbaben (Bottrop) – später schlossen sich andere Zechen an - „zur Übergabe an die Staatsbahnen [oder/und] zum betriebseigenen Hafen am Rhein-Herne-Kanal“ beförderte.

<sup>2</sup> Die sogenannten Polen-Erlasse separierten die Ostarbeiter nahezu vollständig von der übrigen Bevölkerung und erlaubten z. B. die körperliche Züchtigung der Zwangsarbeiter. Russische Kriegsgefangene hatten nahezu keine Rechte; sie mussten sogar getrennt von allen anderen Kumpel einfahren.

<sup>3</sup> Westfälischer Beobachter (WB): „Jeder weiß, was er tun muss in dieser Zeit“ - der Appell des Führers.

<sup>4</sup> Mann, Thomas: Deutsche Hörer!, Leipzig 1970; S. 50/51. In deutschen Zeitungen war das natürlich nicht zu lesen.

<sup>5</sup> Die Arbeiter\*innen kamen aus den Ländern, die die Wehrmacht des Deutschen Reiches überfallen und okkupiert hatten: Polen, Belgien, Niederlande, Frankreich, Italien, Kroatien u. a. Bis 1942 kamen die „West- und Ostarbeiter\*innen“ überwiegend freiwillig nach Deutschland, bekamen als Westarbeiter\*innen auch etwa den gleichen Lohn wie ihre deutschen Arbeitskollegen\*innen, und konnten auch wieder in ihre Heimat zurück. Mit dem Überfall auf Russland änderte sich das grundsätzlich: Es kamen überwiegend russische Soldaten oder Ostarbeiter\*innen und Männer und Frauen aus auf dem Weg nach Russland okkupierten Ländern, die meistens zwangsverpflichtet und dementsprechend behandelt und entlohnt wurden.

<sup>6</sup> Holger Menne/Michael Farrenkopf (Bearb.): Zwangsarbeit im Ruhrbergbau während des Zweiten Weltkrieges; S. 15.

dem Ende der Sklaverei“.<sup>7</sup> Ohne die Fremdarbeiter/Zwangsarbeiter wäre der Krieg Hitlerdeutschlands deutlich eher verloren worden.<sup>8</sup>

Anfang 1940 rätselte die Umgebung des Bottroper Schlachthofes über den Zweck der „5 Holzbaracken und einer kleineren mit breiten Schornsteinen“, die dort von den „Rheinischen Stahlwerken“<sup>9</sup> an der Schubertstraße<sup>10</sup> gebaut worden waren. Später bekamen die Recht, die meinten, sie seien für Kriegsgefangene bestimmt. Alphons R. und Heinz K. sahen die russischen Kriegsgefangenen oft, wie sie über Schubert- und Gladbecker Straße von Bewaffneten nach Prosper III eskortiert wurden. Dort arbeiteten sie über- oder untertage. Wenn sie Glück hatten, standen sie unter der Aufsicht von Menschenfreunden, die sie wie die verbliebenen Deutschen behandelten. Meistens hatten die „Fremdarbeiter“ Pech.<sup>11</sup>

Heinrich I. kam eines Tages erregt von der Arbeit nach Hause und berichtete seiner entsetzten Familie, dass gerade, als sein Hafenbahn-Zug, auf dem er als Heizer arbeitete, den Luftschacht von Rheinbaben passierte, im dort befindlichen Lager zur Abschreckung vor den versammelten Insassen zwei Männer erschossen wurden – sie hatten versucht zu fliehen.<sup>12</sup> Die Genfer Konventionen sahen für diesen Fall nur disziplinarische Maßnahmen vor. Die Männer dieses Lagers nahe der Gladbecker Straße und der

Boye, auf Gladbecker Gebiet, wurden von Bewaffneten

Drei Jahre Zuchthaus für „intimen Verkehr“ mit französischem Kriegsgefangenen. **Schamlofe und ehrvergeffene Frauen** Westf. Beobachter vom 22.7.1942  
**Verbotener Umgang mit Kriegsgefangenen führte zu schweren Freiheits- und Ehrenstrafen**

über Gladbecker -, Taeglichbeck- und Rheinbabenstraße nach Rheinbaben geführt. Dort arbeiteten sie über- oder untertage, konnten sich einzeln sogar in der Rheinbabenkolonie frei bewegen. Emilie I. kochte Kaninchenfutter aus Kartoffelschalen und Kleie und stellte den Brei zum Abkühlen auf den Hof ihrer Rheinbaben-Werkswohnung. Das Futter enthielt immer 2-3 gekochte Kartoffeln, die nach kurzer Zeit verschwunden waren – geholt von „Ostarbeitern“/Zwangsarbeitern, die in der Rheinbabenkolonie Kriegsschäden ausbessern oder in der nahen Sandgrube Schmiersand abbauten. Anfangs folgte Emilie allein ihrem Gewissen, später kam die Hoffnung hinzu, dass ihre Nächstenliebe auch ihrem – „vielleicht“, wurde ihr mitgeteilt – im „Kampf um Großdeutschland“ in Kriegsgefangenschaft geratenen Mann das Leben retten könnte.

Am 1.9.1939 heulten plötzlich alle Sirenen: „Jetzt fängt der Krieg an!“ Rolf B., von der Kinderlandverschickung aus Oberbayern zurück, stolchte gern zu beiden Seiten des Kirchschemmsbach bis zur Boye. Der Schulbetrieb war schon seit 1943/44 eingestellt. Wenn er die Schienen der Hafenbahn überwunden und die Waschberge von Rheinbaben passiert hatte, sah er die

<sup>7</sup> Fasse, Norbert: Zur Geschichte der NS-Zwangsarbeit im Zweiten Weltkrieg, S.44 in Archivkurier 14/2000.

<sup>8</sup> Für den Bergbau, Haupt-Energielieferant des Deutschen Reiches, war die Beschaffung von Arbeitskräften ein besonderes logistisches Problem, dessen Lösung von volkswirtschaftlicher Bedeutung. Darum wurde die Arbeitskräfteplanung für den Bergbau von der „Reichsvereinigung Kohle“ (ab 1941) in enger Zusammenarbeit mit staatlichen Behörden organisiert: von regionalen Arbeitsbehörden über Landesarbeitsämter zur Reichsvereinigung Kohle, die dem Reichswirtschaftsministerium unterstand, ehe das dem Rüstungsministerium Speers (1943) eingegliedert wurde. Die Wehrmacht stellte die für die Arbeit benötigten Kriegsgefangenen ab. (Menne/Garrenkopf: Zwangsarbeit ...; S. 14.) Auch die spärliche Lebensmittelversorgung wäre ohne Fremdarbeiter dramatisch geringer ausgefallen.

<sup>9</sup> Kriegschronik der Stadt Bottrop, 1. Band; S. 208/209.

<sup>10</sup> Die ersten Bewohner des Lagers waren „oberschlesische Volkspolen“, die bereits im April 1941 dort eintrafen. Welchen Druck die Okkupanten einsetzten, die Arbeiter nach Bottrop zu holen, verrät die Benachrichtigung der Bottroper Polizei durch die Verwaltung der Rheinischen Stahlwerke nicht. Später wurden dort russische Kriegsgefangene untergebracht.

<sup>11</sup> Menne/Garrenkopf: Zwangsarbeit ... ; S. 18/19.

<sup>12</sup> Was Heinrich sich nicht denken konnte, war, dass sie vielleicht erschossen worden waren, weil sie sich mit deutschen Frauen eingelassen hatten.

Baracken der „russischen Frauen“,<sup>13</sup> die auf Rheinbaben als Fremdarbeiterinnen, „Ostarbeiterinnen“, arbeiteten.<sup>14</sup> Sie arbeiteten in „Früh- und Spätschicht ... übertage ... unter Anleitung von Arbeitern“, wurden lediglich durch „Vollzählichkeitsappelle“ bei Arbeitsschluss überwacht. Bottroper, die wie Sophie S. zum Schrebergarten „Krähenbusch“ unterwegs waren, begegneten ihnen (Männern und Frauen) gelegentlich – mit gehörigem Abstand.<sup>15</sup> Abstand mussten die Ostarbeiterinnen auch bei Luftschutzalarm halten: Sie durften nicht in den Schutzstollen/-bunker für die deutschen Arbeiter und umliegenden Anwohner, sondern flüchteten in einen eigenen, kaum gesicherten Unterstand. Die Zeche Rheinbaben wurde nicht bombardiert.

Zwischen der Wilhelmschule (Blankenstraße 15) und der Horster Straße hatten die Rheinischen Stahlwerkes ein Barackenlager eingerichtet, in dem zunächst französische, dann russische/ukrainische Zwangsarbeiter lebten. Die Russen/Ukrainer waren z. T. mit ihren Familien nach Bottrop gebracht worden. Rudolf M. spielte oft mit den drei Jungen (10 – 12 Jahre alt) einer Russen-Famini. Sie hatten auch noch eine kleine Schwester. Diese Kinderfreundschaft war sehr gefährlich für beide Familien. Einmal musste sich Rudolf unter dem Lagerbett verstecken, weil sein Aufenthalt einem Wachmann sonst aufgefallen wäre. Maria(nne), Rudolfs Mutter, gab den Spielfreunden ihres Sohnes oft Suppe mit. Vater Adolf erzählte, die Russen reparierten in der Siedlung Kriegsschäden; vor allem aber arbeiteten sie auf Prosper III unter Tage, wo sie von einheimischen Kumpeln beaufsichtigt, von vielen auch drangsaliert wurden. Selbst einige Fahrsteiger taten sich dabei hervor. Ein verkrüppelter Nachbar drohte immer wieder, Russen erschießen zu wollen. Adolf M. kannte aber auch Bergarbeiter, die versuchten, die Zwangsarbeiter mit einem Mindestmaß an Menschlichkeit zu behandeln: „Dass mir keiner die Russen schlägt!“ Adolf nahm oft doppelte Butterbrotpakete mit zur Arbeit. Eins beließ er in seiner Jackentasche - bei Arbeitsende war es immer verschwunden.

Das Lager wurde später zur Düppelstraße verlegt. Gegen Kriegsende wurden die Lagerinsassen zum Boyer Bahnhof „eskortiert“. Dabei geriet Rudolf erneut in eine gefährliche Situation, als seine kleine Spielkameradin ihn anrief und zu ihm laufen wollte, von ihrem Vater aber daran gehindert wurde. Danach verliert sich die Spur der Lagerinsassen, die kunstvolles, bewegliches Spielzeug aus Schießdraht und Holzschnitzarbeiten, von denen sie Rudolf abgaben, herstellen konnten.

Johannes I. sprach manchmal mit jungen russischen Kriegsgefangenen, die auf der „Heide“ hinter der Aegidistraße „Schmiersand“ für Rheinbaben auf Pferdekarren schaufelten. Johannes schimpfte immer wieder mit dem deutschen Aufseher, wenn der die Russen übermäßig hart behandelte. War eine Karre gefüllt, führte der Aufseher sie zum Zechengelände zurück. Die Russen waren dann unbeobachtet und konnten mit Johannes radebrechen. Ein 24-jähriger bat ihn immer mal um ein Päckchen Salz, das jener auch bezahlte.

Zusammen mit Leo Z., dessen Eltern zuhause polnisch sprachen, besuchte Johannes auch die Zwangsarbeiter der Herbert-Norkus-Schule, nicht ohne ihnen mal ein paar Kartoffeln, einen Kohlkopf oder eine Birne aus den eigenen Gärten mitzubringen. Leo konnte sich mit ihnen verständigen. Nach dem Einmarsch der Amerikaner bedankten sich die Fremdarbeiter mit Keksen und anderen Köstlichkeiten aus der amerikanischen Verpflegung bei den Jungen. Am 9.4.1945

---

<sup>13</sup> Die „russischen Frauen“ stammten wohl aus der Ukraine, Litauen und Russland.

<sup>14</sup> Das Frauenlager auf der Schachtanlage Rheinbaben, „Lager für Ostarbeiterinnen“, wird in den ENQUETES SUR LES PRISONS ET LES CAMPS DOUTEUX, Nr. 22, als „ehemalige Waschkaue“ angegeben, lag also auf dem Werksgelände. Das stimmt mit Aussagen von Augenzeugen überein, erwähnt aber die Baracken anderer Augenzeugen nicht. Das könnte daran liegen, dass im Zeitablauf das Lager auf zwei Behausungen ausgedehnt wurde; es ist aber auch denkbar, dass bei der späteren Erfassung der Läger, aus zwei eins wurde. Ein Brief der Hibernia AG meldet, dass im August 1942 460 sowjetische Kriegsgefangene „im Untertagebetrieb der Rheinbabenschächte eingesetzt worden sind“. Außerdem wurden 1943/44 die Bewohner ganzer Läger verschoben. Die darüber mit deutscher Gründlichkeit erstellten Belege waren aber nicht immer auffindbar. Die nach dem Krieg zusammengetragenen Informationen sind zudem von den Behörden und Firmen angegeben worden, die die Läger unterhielten, aber kein großes Aufklärungsinteresse hatten.

<sup>15</sup> „Der Umgang mit Deutschen außerhalb der Arbeitszeit war ihnen [Polen] verboten und der Geschlechtsverkehr mit deutschen Frauen wurde mit der Todesstrafe geahndet“. (Menne/Garrenkopf: Zwangsarbeiter ...; S. 13.

meldete der Hausmeister der Schule, dass „20 Polen ... Schränke und Pulte aufbrechen und Lehrmittel gegen Essbares versetzen“ (B IV 40, 22).

2. „Ihr müsst euch reinigen“.<sup>16</sup>

Auf dem Westfriedhof wurden „die Feindgräber

WAZ vom 13.9.1949  
**„Vergangenheit muß überwunden werden“**  
**Bundespräsident Prof. Heuß sprach zur Bundesversammlung**

einheitlich angelegt, ... auf dem Friedhofsteil der Russen ein etwa 5 m hohes Denkmal errichtet“.<sup>17</sup> Heinz K., der es gebaut hatte, war deshalb dabei, als eine russische Delegation, nach den Verstorbenen zu sehen, den Friedhof 1947 besuchte. Die „Feindgräber“ verbergen offensiv, dass die kommende Bundesrepublik gegenüber den Zwangsarbeitern kein Interesse und schon gar keine Schuldgefühle hegte.

Nach Hitlerdeutschlands Krieg gab es in Bottrop 5.500/6.000 Ausländer.<sup>18</sup> „Im Ruhrgebiet ... arbeiteten im Juni 1944 rund 220.000 ausländische Zivilarbeiter, die Hälfte davon aus der Sowjetunion, und 75.000 Kriegsgefangene.“<sup>19</sup> In Deutschland lebten im Mai 1945 etwa „sechs Millionen sogenannte Fremdarbeiter, ... zwei Millionen Kriegsgefangene ... und etwa 750.000 KZ-Häftlinge“.<sup>20</sup>

Im Potsdamer Abkommen (2.8.1945) legten die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges fest, dass „Deutschland gezwungen werden soll, in größtmöglichem Ausmaß für die Verluste und die Leiden, die es den Vereinten Nationen verursacht hat, und wofür das deutsche Volk der Verantwortung nicht entgehen kann, Ausgleich zu schaffen“ durch Reparationen. Die Wandlung des Kriegspartners UDSSR in den strategischen Gegner sorgte aber schon mit dem Londoner Schuldenabkommen (27.2.1953) dafür, dass die aus dem „Zweiten Weltkriege herrührenden Forderungen von Staaten ... bis zur endgültigen Regelung der Reparationsfrage [durch einen Friedenvertrag] zurückgestellt“ wurden. Reparationen waren somit eine Angelegenheit zwischen Staaten, individuelle Entschädigungen für Zwangsarbeit damit erledigt. In den Folgejahren schloss die Bundesrepublik mit den westlichen Staaten Entschädigungsabkommen. An Israel zahlte sie (ab 1952) etwa 1,76 Milliarden Euro.<sup>21</sup> Bis 1964 verpflichtete sich die BRD in Globalabkommen, 12 EU-/Nato-Ländern 0,5 Mrd. Euro für Wiedergutmachung zu zahlen; Staaten des ehemaligen Warschauer Paktes erhielten etwa 0,85 Mrd. Euro; Tschechien wurde mit 85 Mio. Euro abgespeist. Entschädigung von Zwangsarbeit war nicht Gegenstand der Entschädigungsabkommen.

**Zwangsarbeit:  
Entschädigung  
besiegelt** WAZ vom  
18.7.2000.  
**Abkommen unterzeichnet**

<sup>16</sup> Mann, Thomas: Deutsche Hörer!, Leipzig 1970; S. 49/50. „Was Deutschland tut ... ist hoffnungslos unvergessbar. ... Ihr müsst euch reinigen“.

<sup>17</sup> Verwaltungsbericht des städt. Gartenbau- und Friedhofsamtes, Jg. 1946/47; S. 1. (Signatur: B I 10, 66).

<sup>18</sup> Belgische Soldaten suchten nach dem Krieg belgische „Westarbeiter“. Als Nebenprodukt erstellten sie eine Liste aller Lager Bottrops. Sie zählten 27, die von großen und kleinen Betrieben und in wenigen Ausnahmen von der Stadt unterhalten worden waren.

<sup>19</sup> Kaminski, Uwe: „... waren ja auch Menschen“ - Zwangsarbeiter im Revier in Borsdorf, Ulrich/Jamin, Mathilde (Hg.), Hamburg 1989; S. 112.

<sup>20</sup> Heinelt, Peer: Die Entschädigung der NS-Zwangsarbeiterinnen und -Zwangsarbeiter, Frankfurt 2008; S. 10. Andere Historiker gehen von 10 bis 12 Millionen zur „Zwangsarbeit von Armee und SS ins Deutsche Reich verschleppten“ Menschen aus (Weinmann, Martin (Hg): Das nationalsozialistische Lagersystem, Frankfurt 1990; S. 137/138).

<sup>21</sup> Die Entschädigungszahlungen an jüdische Opfer des Nationalsozialismus, Deutscher Bundestag wissenschaftliche Dienste 2007; S. 8.

Die Entschädigung für NS-Zwangsarbeit musste der Bundesrepublik und ihrer Wirtschaft abgepresst werden. Die 'zwei plus vier' – Verhandlungen 1990 erzeugte den nötigen internationalen Druck<sup>22</sup> auf die BRD, endlich für eine Entschädigung der Zwangsarbeiter\*innen zu sorgen.<sup>23</sup> Es dauerte bis zum Jahre 2000,<sup>24</sup> ehe „sich der Deutsche Bundestag zur politischen und moralischen Verantwortung [bekannte, dass] der nationalsozialistische Staat ... Sklaven- und Zwangsarbeitern durch Deportation, Inhaftierung, Ausbeutung bis hin zur Vernichtung ... schweres Unrecht zugefügt“ hatte.<sup>25</sup> Die Bundesregierung stellte, zusammen mit der Wirtschaft, etwa 4,37 Mrd. Euro in einer Stiftung - „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ (14.7.2000) - zur Verfügung, die alle künftigen Forderungen der 1,66 Millionen Berechtigten erfüllen sollte.<sup>26</sup> „Die USA, die osteuropäischen Länder und die Vertreter der NS-Opfer [einigten sich] in Berlin auf die Verteilung“.<sup>27</sup> Im „Gegenzug schützt die US-Regierung die [deutschen] Unternehmen vor Entschädigungsklagen“.<sup>28</sup> Das Stiftungskapital sollte ausreichen, allen Berechtigten einen Betrag von 2.500 Euro zukommen zu lassen. Erst 15 Jahre später wurden die wenigen noch lebenden Rotarmisten entschädigt, die im Deutschen Reich gearbeitet hatten. Das Stiftungsgesetz legte fest, „Kriegsgefangenschaft begründet keine Leistungsberechtigung“.

Erstabdruck in: Vestischer Kalender 91(2020); S. 213-217.

---

<sup>22</sup> In den USA waren Sammelklagen anhängig gegen VW, AEG, Siemens, Daimler u. a., die auch medienwirksam ausgebreitet wurden, so dass die Firmen „massive Imageschäden, schwer zu kalkulierende Geschäftsrisiken und Wettbewerbsnachteile“ befürchteten (Süddeutsche.de vom 17.5.2010).

<sup>23</sup> Interessierte finden eine Übersicht/Literaturangabe in Heinelt, Peer : Die Entschädigung ...

<sup>24</sup> Das war auch der Startschuss für eine umfangreiche Suche in den Archiven nach den „historischen Grundlagen über die NS-Zwangsarbeit“. Auch das Bottroper Stadtarchiv hat sich daran beteiligt und die entsprechenden Dokumente seines Bestandes zusammengetragen. Daraus entstanden eine Ausstellung und Unterrichtsveranstaltungen in einigen Bottroper Schulen. Ich durfte die Ergebnisse dieser Arbeit für meinen Beitrag auswerten. Dafür danke ich dem Stadtarchiv Bottrop.

<sup>25</sup> Präambel des Gesetzes „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ (14.7.2000).

<sup>26</sup> Süddeutsche .de vom 17.5.2010 (im Schnitt also 2.632 Euro)

<sup>27</sup> „Der lange Weg zur Entschädigung“: Spiegel Online vom 30.5.2001.

<sup>28</sup> WAZ vom 18. Juli 2000: „Zwangsarbeit: Entschädigung besiegelt“.